

«Wake-up Call» für den Standort Schweiz

Die aktuellen weltwirtschaftlichen Entwicklungen und Unsicherheiten müssen ein Weckruf sein. Um die Stabilität und Wettbewerbsfähigkeit der Schweiz zu erhalten, braucht es jetzt ein entschlossenes Handeln. Es gilt sowohl den Bundeshaushalt als auch die Unternehmen und Arbeitnehmenden gezielt zu entlasten und den Standort Schweiz zu stärken.

Stabilität sicherstellen: Bundeshaushalt entlasten

Der Bund gibt derzeit zu viel aus. Die Ausgaben wachsen stetig. Es ist deshalb höchste Zeit, die Ausgaben in den Griff zu bekommen. Nur so bleibt der Bund handlungsfähig.

- **Entlastungspaket:** Die ausgabenseitigen Massnahmen des «Entlastungspakets 27» müssen vollständig umgesetzt und auf einnahmenseitige Massnahmen soll verzichtet werden. Die Schuldenbremse muss eingehalten werden.
- **Strukturelle Reformen:** Die 13. AHV-Rente darf nicht über Lohnabgaben finanziert, sondern soll über eine temporäre Erhöhung der Mehrwertsteuer finanziert werden, bis die 2026 anzugehende strukturelle Reform greift.
- **Kein weiterer Ausbau des Sozialstaats:** Auf einen weiteren, nicht finanzierten AHV-Ausbau muss verzichtet werden (z.B. Aufhebung Plafonierung Ehepaarrenten).
- **Konzentration auf Kernaufgaben:** Der Bund und die bundeseigenen Betriebe haben sich auf den Kernauftrag zu konzentrieren. Dort, wo die Privatwirtschaft greifen kann, soll diese greifen. Der Staat konzentriert sich auf die Aufgaben, die die Privatwirtschaft nicht lösen kann.

«Swiss Omnibus»: Regulierungs- und Kostenlast für Unternehmen und Arbeitnehmende reduzieren

Die Schweizer Wirtschaft darf nicht durch weitere Gesetze und Verordnungen eingeschränkt und belastet werden. Kosten sind, wo möglich, zu reduzieren. Die internationalen Entwicklungen sollen dabei berücksichtigt werden – analog zum «Omnibus»-Ansatz der EU braucht es auch einen «Swiss Omnibus» im Sinne eines Bürokratieabbaus und von Vereinfachungen für die Unternehmen.

- **Regulierungsmoratorium:** Es braucht eine Überprüfung und ein Zurückstellen der bereits geplanten Regulierungsvorhaben, die den Standort Schweiz belasten und die Wettbewerbsfähigkeit beeinträchtigen. Beispiele: Investitionsprüfgesetz, CO₂-Verordnung, CO₂-Grenzausgleichsmassnahmen (CBAM), Eigenmittelanforderungen für Banken, Berichterstattungspflichten.
- **Departementübergreifendes Paket:** Das WBF soll – analog zum «Entlastungsprogramm 27» – eine Expertengruppe einberufen, welche bestehende Regulierungen überprüfen und Vorschläge für eine gute und zielführende Regulierung ausarbeiten soll. Die Arbeiten sollen in einem Paket zur Stärkung des Standorts Schweiz münden.
- **Regulierungsbremse:** Die Idee einer «Regulierungsbremse» soll wieder aufgegriffen werden.
- **Internationale Entwicklungen:** Die Schweiz muss gegenüber Konkurrenzstandorten Regulierungsvorteile anstreben und bestehende Regulierungsvorteile wahren. Zugleich sollen internationale Entwicklungen zur Reduktion der Regulierungslast weiterverfolgt und wo sinnvoll proaktiv aufgenommen werden. Dabei orientiert sich der Bundesrat am Schweizer Gesetz, die Bedeutung des bürokratietreibenden Soft Law ist zu reduzieren. Gerade mit Blick auf die Finanzmarktaufsicht (FINMA) muss in jüngster Zeit festgestellt werden, dass sich diese in ihrer Regulierungstätigkeit von internationalem Soft Law leiten lässt. Das führt zu Zielkonflikten mit den weiteren Schweizer Regulierungsgrundsätzen (u.a. Prinzipienbasiertheit, Kostenfolge für beaufsichtigte Institute und Wettbewerbsfähigkeit des Finanzplatzes Schweiz).

**Exportnation stärken:
Handelshemmnisse abbauen**

Die Schweiz als offene und exportorientierte Volkswirtschaft braucht den bestmöglichen Zugang zu Märkten auf der ganzen Welt. Der Abbau von Zöllen und weiteren Handelshemmnissen bringt wirtschaftliche Vorteile für alle Länder.

- **USA:** Die ungerechtfertigten Zölle auf Schweizer Produkte sollen auf diplomatischem Weg möglichst verhindert werden. Die wichtige Rolle der Schweizer Wirtschaft in den USA muss in diplomatischen Gesprächen und gegenüber einer breiten Öffentlichkeit hervorgehoben werden. Erfolgreiche Lösungsansätze bringen wirtschaftliche Vorteile für beide Länder.
- **Europäische Union:** Das Paket der Bilateralen III soll wie geplant vor dem Sommer in die Vernehmlassung geschickt werden.
- **Weltweiter Freihandel:** Das Freihandelsnetz soll weiter ausgebaut werden. Die Freihandelsabkommen mit Mercosur, Vietnam und weiteren Ländern sollten rasch ausgehandelt und das Abkommen mit China aktualisiert werden. Die Abkommen mit Indien, Thailand und Malaysia sollen zügig in Kraft gesetzt werden.

**Produktivität steigern:
Auf einschränkende
Regulierungen verzichten**

Produktivität ist der wesentlichste Wohlfahrtstreiber und die beste Antwort auf den Fachkräftemangel – eine produktivere Wirtschaft schafft Wohlstand für alle.

- **Keine Technologieverbote:** Auf Regulierungen, die Technologien und Innovationen einschränken (z.B. Gentechnik, KI, Energietechnologien, medizinale Forschung) soll so weit wie möglich verzichtet werden. Technologien müssen mehr als Chancen und nicht nur als Risiko gesehen werden.
- **Flexibler Arbeitsmarkt:** Der liberale Arbeitsmarkt darf nicht weiter eingeschränkt werden.
- **Zugang zu qualifizierten Fachkräften:** Der gute Zugang zu ausländischen Fachkräften darf nicht eingeschränkt werden.

**Günstige Energie:
Rascher Ausbau der
Stromproduktion**

Schweizer Unternehmen und Haushalte brauchen eine saubere, sichere und günstige Energieversorgung.

- **Aufhebung Technologieverbot:** Das Technologieverbot für Kernkraft soll gestrichen werden. Bestehende Kernkraftwerke müssen so lange am Netz bleiben, wie sie sicher sind.
- **Inländische Stromproduktion:** Es braucht einen raschen Ausbau der inländischen Stromproduktion, damit saubere und günstige Energie jederzeit vorhanden ist.
- **Stromabkommen mit der EU:** Das neue Abkommen mit der EU ist zentral. Eine bessere Vernetzung mit dem Ausland ist ein wichtiges Element zur Gewährleistung der Versorgungssicherheit.

**Leistungsfähige Infrastruktur:
Jetzt Weichen stellen**

Die Schweiz hat eine gute Infrastruktur, aber die wurde grossmehrmheitlich im letzten Jahrhundert gebaut. Es ist unsere Verantwortung, die Infrastruktur auch für die Zukunft zu stärken.

- **Baubewilligungen:** Es braucht Vereinfachungen bei den Baubewilligungsverfahren.
- **Strasse und Schiene:** Die einzelnen Verkehrsträger sollen besser aufeinander abgestimmt werden. Die Strasse als wichtiger Bestandteil dieser Infrastruktur darf nicht vernachlässigt werden.
- **5G-Netz:** Es braucht eine Beschleunigung beim Ausbau der digitalen Infrastruktur. Das gilt insbesondere für das 5G-Netz. Baubewilligungsverfahren sollen möglichst einfach ausgestaltet sein.